

Nicht die beste Form

Feiertag: „Nachdenkliche und schrille Töne“, FR-Politik vom 4. Oktober

Herrn Schäuble stimme ich ganz und gar nicht zu, wenn er sagt, dass der Einigungsvertrag von 1990 „die beste Form“ ist, „in der wir die Einigung vollziehen konnten“. Diese Vereinigung war verfassungsrechtlich betrachtet ein „Staatsstreich“ von Bundesregierung und Parlamentsmehrheit – unter dem Druck der Banken, Wirtschaftsverbände und der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Unsere „Volksvertreter*innen“ haben nach dem 1990 gültigen Wortlaut des Artikels 146 GG – „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“ – einen Verfassungsbruch begangen.

Dieser Wortlaut war ein gemeinsamer Beschluss der Mitglieder des Parlamentarischen Rates 1949 zur Erarbeitung des Grundgesetzes (das deshalb auch nicht offiziell als eine „Verfassung“ bezeichnet wurde, sondern als ein „Grundgesetz“, um die Vorläufigkeit dieses Gesetzes zum Ausdruck zu bringen. Deshalb hatte 1990 auch der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Mahrenholz, darauf hingewiesen, dass nun eine „richtige“ Verfassung zu erarbeiten ist, die per Volksentscheid in Kraft treten muss.

Aus den Protokollen des Parlamentarischen Rates von 1948/49 (die der Verfasser dieses Le-

serbriefes eingesehen hat) geht hervor, dass die Ratsmitglieder mit dem GG lediglich ein „Provisorium“ schaffen werden und dass eine endgültige Verfassung erst dann erarbeitet werden muss, wenn eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten bevorsteht. Diese endgültige Verfassung sollte nicht nur von einer „Verfassungsgebenden Versammlung“ beschlossen werden (das war die erste Entwurfs-Formulierung in Art. 146 GG während der Beratungszeit), sondern das „gesamte deutsche Volk“ soll diese Verfassung erarbeiten und darüber abstimmen (= endgültige Formulierung in Art. 146 GG vor der Abstimmung im Parlamentarischen Rat). Deshalb bildete sich 1990 das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“, in dem u.a. Demokratie-Initiativen und Rechtswissenschaftler aus Ost und West einen Verfassungsentwurf erarbeiteten, der aber vom Verfassungsausschuss des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde, und zwar mit der verfassungswidrigen Begründung: „Was zur Beseitigung der sozialistischen Ordnung der DDR das geeignete Mittel war, muss nicht auch für die Fortentwicklung eines gewachsenen, komplexen Gemeinwesens geeignet sein“. Dieser „Staatsstreich“ war ganz gewiss nicht der verfassungsrechtlich beste Vollzug der deutschen Einheit.

Manfred Steinbach, Bad Karlshafen

Verkraftbare Konsequenz

Erwiderung auf „Konforme Künstler?“, Leserforum vom 4.10.

Wissen Sie, was mich seit Jahren nervt, ja geradezu in Rage bringt? Die himmelschreiend unzutreffende Verwendung des Begriffs „Hexenjagd“, vor allem dann, wenn sich ältere weiße Herren (-Menschen) unvorsichtigerweise – oder völlig beabsichtigt, wer weiß das schon – in rechte Kreise begeben, dafür öffentlich Schimpfe beziehen und dann sogenannte Verfechter der Meinungsfreiheit reflexhaft dort „Hexenjagden“ erkennen wollen, wo doch lediglich hässliche Verbindungen offengelegt wurden.

Wie zum Beispiel Leserbriefschreiber Michael Heyer in der FR vom 4. Oktober, der Filmproduzent Hans Joachim Mendig beispringen möchte, welcher sich fröhlich lachend mit Herrn Meuthen von der AfD fotografieren ließ.

Das sei ihm (Heyer; Mendig auch) unbenommen – aber bevor man solche gewichtigen Worte einsetzt, schadet es nicht, sich genauer darüber zu informieren, was bei den echten Hexenverfolgungen in Mittelalter und früher Neuzeit wirklich passiert ist.

Angesichts dessen sind ein bisschen Medienschetle und berufliche Konsequenzen für Sympathisanten rechten Gedankenguts durchaus verkraftbar.

Christina Mohr, Frankfurt

Blinde Flecken bei Fridays

Zu: „Klimastreik“, FR-Sonderausgabe vom 20. September

Die soziale Bewegung Fridays for Future (FFF) und Millionen von Aktivist*innen haben am Klimastreiktag in einer einzigartigen Aktion weltweit ihre Wut hinausgeschrien. Die Nazis oder Klimawandelleugner*innen von AfD bis zu Trump und Bolsonaro drehen durch. Seit Anfang der 1970er Jahre ist das Thema Ökologie auf der Agenda, jedenfalls theoretisch. Bis heute hat sich die Situation des von Menschen gemachten Klimawandels jedoch massiv verschärft. Der Klimabeschluss der großen Koalition vom 20.9. ist ein Zeichen, wie zynisch die Mächtigen mit der Situation umgehen, Kern ist und bleibt: Es darf sich nichts Grundsätzliches ändern. Doch „Fridays for Future“ tragen unbewusst zu dieser Affirmation des Bestehenden bei: bezüglich des Natalismus und angesichts der Euphorie ob der ach so ökologischen neuen Klasse von Kapitalist*innen, die „nachhaltig“ produzierten – ganz selbstlos.

Internationale Debatten über einen Gebärstreik, wie wir sie aus den USA oder Kanada und anderen Ländern kennen, wurden selbst in der von FFF gemachten Ausgabe der FR vom 20.9. einfach ignoriert. Dabei ist die Sängerin Miley Cyrus weltbekannt und möchte auch aus ökologischen Gründen keine Kinder zeugen.

Außerdem fehlt sehr häufig eine klare und analytisch fundierte Kritik des ökonomischen

Systems. Es geht schnell gegen Banken, was aber noch keine luzide Kritik ersetzt und in eine strukturell antisemitische, verkürzte Kapitalismuskritik abrutschen kann. Wenn zudem Vandana Shiva ein Vorwort zu dem Extinction-Rebellion-Handbuch „Wann, wenn nicht wir“ schreibt, der vor wenigen Jahren mit dem BDS-Aktivisten Roger Waters in einer Jury gegen Israel aktiv war, werden wir skeptisch.

Es muss um den Naturschutz gehen sowie um die Zukunft der heutigen Jugend und aller heute lebenden Menschen und nicht um das Weiterwursteln und Befolgen des patriarchal-natalistischen Imperativs. Wir dachten, dass sich durch den Bestseller von Verena Brunschweiler („Kinderfrei statt kinderlos“) von März 2019, der in fast allen Zeitungen, im Radio und Fernsehen diskutiert wurde, etwas geändert hat, wenigstens bei den „Linken“. Pustekuchen.

Ein ökofeministischer Sozialismus möchte das patriarchale Dogma der Reproduktion als ein absolut zentrales Element unserer Welt in Frage stellen. Wir haben es satt, wenn bei dem Thema „Frauen“ von der Politik wie den NGOs oder der Zivilgesellschaft immer nur die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in den Fokus genommen wird, aber niemals Frauen, die aus freien Stücken keine Kinder kriegen wollen.

Verena Brunschweiler und Clemens Heni, Berlin